

Kyritzer Tageblatt

Märkische  Allgemeine

Wetter Der Sommer war warm und trocken ▶ 15

DIENSTAG, 3. SEPTEMBER 2013

11

MOMENT MAL

Komplex

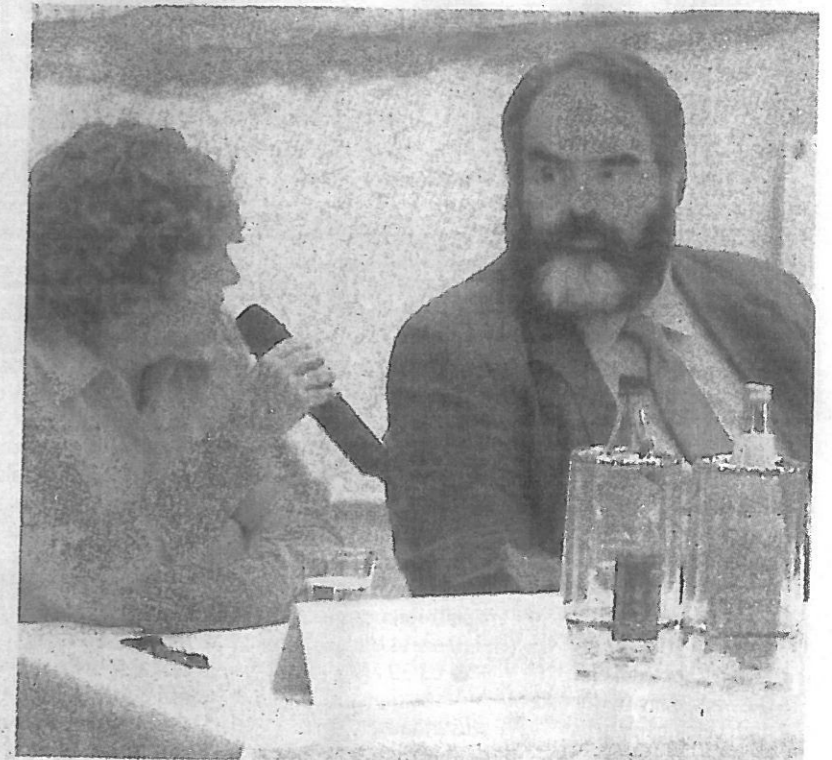


Es würde wohl zumindest böse Worte geben, trafen Kritiker und Befürworter der vor 68 Jahren in Kyritz verkün-

deten Bodenreform bei ihren Gedenkveranstaltungen aufeinander. Während die „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ das Geschehen nahtlos in die Rubrik „Kommunistische Gewaltherrschaft“ einordnet, beharrt vor allem die Linke ausdrücklich darauf, dass das Ereignis grundsätzlich positiv zu bewerten sei – trotz der Ungerechtigkeiten. Fest steht, dass auch diese Geschichte auf sehr komplexen Zusammenhängen beruht. Die Deutschen hatten gerade den selbst angezettelten Krieg verloren und wurden von den Besatzungsmächten prinzipiell als Feind verstanden und behandelt. Und keiner der Alliierten war ohne eigene Interessen, die zumindest anfänglich deutlich schwerer wogen als die der Besiegten. Fakt ist auch, dass die Region heute eine ganz andere wäre, hätten damals nicht so viele Menschen mit dem Ackerland eine Lebensgrundlage erhalten. Schon deshalb ist die Bodenreform allemal der Erinnerung wert.
Alexander Beckmann



Die Vertreter der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ nutzten das in ihren Augen „beschönigende“ Kyritzer Bodenreform-Denkmal auch gestern wieder für ihr Gedenken. FOTO: BECKMANN



Auf Einladung der Linken berichtete der Botschafter von Ecuador, Jorge Jurado (r.), gestern über die Bodenreform in seinem Land. FOTO: REICHEL

Ein Ereignis, zwei Blickwinkel

Kritiker und Verteidiger gedachten gestern der Bodenreform, die vor 68 Jahren in Kyritz offiziell begann

Von Alexander Beckmann

KYRITZ | Auf Einladung der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE) sowie der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) versammelten sich gestern Nachmittag etwa zwei Dutzend Menschen am Bodenreform-Denkmal vor dem Kyritzer Kulturhaus. Die Veranstaltung diene der Erinnerung an das Geschehen vor 68 Jahren, erklärte Manfred Graf von Schwe-

rin als Vorsitzender der ARE. In Kyritz war am 2. September 1945 die Bodenreform für die damalige sowjetische Besatzungszone verkündet worden. Man stelle die Verteilung von Land an Flüchtlinge nicht in Frage, so von Schwerin. Doch sei dies nicht auf rechtsstaatlicher Grundlage geschehen. Menschen seien verfolgt worden und sogar zu Tode gekommen.

Im Weiteren ging der ARE-Vorsitzende vor allem auf Todesopfer in den Lagern der Nachkriegszeit

im Allgemeinen ein. Man wolle dieser Menschen gedenken, „die teilweise unschuldig oder im Widerstand gegen eine Diktatur ums Leben kamen“. Von Schwerin kündigte an, dass die ARE ein Schulprojekt zu den historischen Ereignissen plane. Zweiter Redner war Ernst-O. Schönemann von der UOKG, der ebenfalls dazu aufforderte, die Erinnerung an die Opfer der Gewaltherrschaft zu wahren.

Aus traditionell ganz anderer Perspektive gingen Vertreter und

Anhänger der Partei Die Linke gestern Abend auf die Ereignisse von 1945 ein. Aus Anlass des Jahrestages der Bodenreform luden sie den Botschafter von Ecuador nach Kyritz ein, damit er über die aktuelle Bodenreform in seinem Land berichtet. Rund 30 Menschen suchten das Gespräch mit dem Diplomaten aus Lateinamerika.

In der sowjetischen Besatzungszone war damals innerhalb weniger Monate rund ein Drittel der Agrarfläche enteignet und an

560 000 Familien verteilt worden, darunter etwa 91 000 Flüchtlinge und Umsiedler. Die Zahl der Bauernhöfe wuchs um rund 38 Prozent. Auch die Linke sieht das Geschehen kritisch: „Dabei gab es unbestritten Willkür, Denunzierungen, unnötige Härten und Ungerechtigkeiten – auch gegen verdeckte Widerstandskämpfer und ihre Familien. Aber für mehr als zwei Millionen Menschen bedeutete die Bodenreform verbesserte Lebensbedingungen.“